



## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

<b>Anfrage gem. § 27 BezVG</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-3397</b>
AfD-Fraktion / Bischoff, Ulf / Bodó, Ludwig / Feineis, Harald	Datum: 20.12.2017

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

### Anfrage AfD betr. Kitas für Rönneburg

#### Sachverhalt:

Allen Bedenken der Oppositionsparteien zum Trotz, dass 260 Bewohner in der öffentlich rechtlichen Folgeeinrichtung (örF) Rotbergfeld zu viel seien, beginnt seit 20.12.2017 sukzessive der Einzug von insgesamt 260 Zuwanderern. Auch die AfD hatte in ihrer Stellungnahme zur Anhörung gem. §28 BezVG betr. Nutzung eines Grundstücks am Rönneburger Stieg als Standort für die öffentlich-rechtliche Unterbringung Bedenken geäußert (Drs. 20-2160). Sie hatte zudem bemerkt, dass es beispielsweise im näheren Hamburger Umland in Niedersachsen einen erheblichen Überhang an nicht belegten Unterbringungsplätzen gibt, die hätten genutzt werden können, anstatt Neubauten wie Rotbergfeld durchzuführen.

Zu Beginn der Planungen für die örF hatte die Politik versichert, dass sich in Bezug auf Kita und Schule keine Probleme ergeben würden, da diese „zeitgerecht und bedarfsgemäß zur Verfügung gestellt würden, um die Beschulung und Integration der zusätzlichen Kinder leisten zu können“ (Drs. 20-2159). Dass die jeweiligen Bedarfe an Kitaplätzen und internationalen Vorbereitungsklassen (IVK), zusätzlichem pädagogischen und psychologischen Personal, Fortbildungsmaßnahmen, Räumlichkeiten, gegebenenfalls Umbaumaßnahmen, mobile Klassenräume, Lehrmittel usw. entsprechend „angepasst“ werden, wurde seitens der Politik explizit zugesagt.

Bei der Bürgerversammlung zum bevorstehenden Bezug der örF Rotbergfeld am 13.12.2017 beklagten nun viele Teilnehmer, dass Rönneburger Eltern ihren gesetzlich verbrieften Anspruch auf einen Kitaplatz für ihr Kind schon jetzt nicht einlösen könnten. Im Zuge der Familien, die in den kommenden Wochen die örF Rotbergfeld beziehen werden, verstärkte sich das Problem.

#### Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Kennt die Verwaltung den Mangel an Kitaplätzen in Rönneburg/Sinstorf insbesondere vor dem Hintergrund des Zuzugs weiterer Familien in die örF?

1.1. Was gedenkt die Verwaltung dagegen zu unternehmen?

2. Plant die Verwaltung neue IVK-Klassen in der Rönneburger Schule zusätzlich zu den bestehenden, die derzeit mit den Zuwanderern aus Sinstorf belegt sind?

2.1. Wenn ja, zu wann und wie viele?

2.2. Wenn nein, warum nicht?

3. Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um den nötigen zusätzlichen Bedarf an pädagogischen und integrativen Notwendigkeiten abzudecken? Bitte nach Maßnahme und Zeitpunkt auflisten.

4. Wie wurden Anwohner und politische Parteien über die Konstituierung des Runden Tisches am 13.12.2017 informiert?